

BAD SALZUFLER RATSCHLAG für Vielfalt, Toleranz und Respekt

Andreas Gronemeier, Superintendent
- Sprecher des Bad Salzufler Ratschlags -
Von-Stietencron-Straße 20
32108 Bad Salzuflen

Tel.: 05222 / 81315
Fax: 05222 / 806614
Mobil: 0170-9334218
Email: gronan@web.de

An den
Bürgermeister der Stadt Bad Salzuflen
Rudolph-Brandes-Allee 19
32105 Bad Salzuflen

Der Bürgermeister
25. Feb. 2021
Bgm. / SA / 5813/50

Bad Salzuflen, 24. Februar 2021

Antrag: Bad Salzuflen wird sicherer Hafen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bittet Sie der Bad Salzufler Ratschlag, ein Arbeitskreis von Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen in der Stadt, der über Partei- und Glaubensgrenzen hinweg ein Netzwerk bildet, das für gegenseitige Akzeptanz und ein friedliches Miteinander eintritt und sich in der Öffentlichkeit entsprechend positioniert, darum, folgendes Anliegen den entsprechenden Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

Der Rat der Stadt Bad Salzuflen möge beschließen:

1. Die Stadt Bad Salzuflen bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen und in unserer Stadt Schutz zu gewähren, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Europa bzw. Deutschland Zuflucht suchen.
2. Als Zeichen der Menschlichkeit und des andauernden Engagements unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger erklärt der Rat die Stadt Bad Salzuflen zu einem „sicheren Hafen“ für schiffbrüchige Geflüchtete. Als sicherer Hafen ist die Stadt Bad Salzuflen bereit und in der Lage, im Rahmen ihrer Möglichkeiten aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und unterzubringen. Alle dazu notwendigen Ressourcen, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung sind von Bund und Land NRW zur Verfügung zu stellen.
3. Die Stadt Bad Salzuflen fordert die Bundesregierung, die Landesregierung NRW sowie die zuständigen Behörden auf, bis zur Vereinbarung einer humanitären EU-weiten Aufnahmeverordnung für aus Seenot gerettete Geflüchtete zusätzliche Aufnahmeplätze in Deutschland anzubieten. Städten und Gemeinden, die sich dazu freiwillig bereiterklären, soll es dabei künftig ermöglicht werden, diese Menschen direkt aufzunehmen. Wir fordern darüber hinaus die Schaffung eines EU-Förderprogramms zur besonderen Unterstützung von Kommunen, die sich um die Aufnahme Geflüchteter aktiv bewerben.

Begründung:

Die Stadt Bad Salzuflen hat mit der Unterstützung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohner sowie zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen in den vergangenen Jahren viele Geflüchtete aufgenommen und wird dies auch in Zukunft tun.

Mit Trauer und Entsetzen sehen wir, dass im Mittelmeer nach wie vor und nahezu täglich Flüchtende in Seenot geraten und ihr Leben verlieren, weil es keine gemeinsame europäische Seenotrettung gibt und zivile Seenotrettungsinitiativen aktiv daran gehindert werden, im Einklang mit dem internationalen Seerecht Menschen vor dem Ertrinken zu retten.

Mit Erschütterung nehmen wir die aktuelle Situation geflüchteter Menschen nach der Auflösung und dem Brand des Lagers Lipa in Bosnien und Herzegowina wahr. Dass Menschen mitten im Winter unter freiem Himmel kampieren müssen oder nur notdürftig in Zelten untergebracht werden, darf nicht hingenommen werden. Wo dies zugelassen wird, wird selbst der Tod dieser Menschen billigend in Kauf genommen. Wir begrüßen Bemühungen der Zivilgesellschaft und der Europäischen Union, den Menschen in Lipa kurzfristig Hilfe zukommen zu lassen, halten aber deutlich weitergehende Maßnahmen für dringend erforderlich. In diesem Zusammenhang erinnern wir auch an die weiterhin unhaltbaren Zustände auf Lesbos und anderen ägäischen Inseln.

Angesichts der aktuell dramatischen Lage Geflüchteter an den Außengrenzen der Europäischen Union halten wir die sofortige Aufnahme von Schutzsuchenden aus dem niedergebrannten Lager Lipa in Bosnien und Herzegowina und ebenso eine Evakuierung auch der Lager auf den griechischen Inseln, insbesondere von Lesbos, für eine humanitäre Pflicht.

Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die es in unserer Stadtgesellschaft gibt, bekennen wir uns gemeinsam zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie zum Schutz der Menschenwürde.

Als „sicherer Hafen“ leisten wir gemeinsam mit vielen anderen Städten und Gemeinden in Deutschland und Europa einen kommunalen Beitrag zu einer solchen menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik.

Wir würden uns freuen, wenn diese Resolution in den Gremien und im Rat unserer Stadt Bad Salzuflen Zustimmung fände und bedanken uns im Voraus für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen,



Ihr Andreas Gronemeier,
- Sprecher -